

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Mittwochs am Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Gravenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 1442.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Zeitdauer über deren Name 20 Pfennige, für Kurzzeit und Besondere Anträge 10 Pfennige. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis Mittwoch 10 Uhr in den Expedition abgeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 198

Dienstag, den 26. August 1902.

13. Jahrgang.

### Die große Zentrumsparade

hat am Sonntag unter der Firma „19. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands“ zu Mannheim mit einem großen Festzug begonnen, an dem sich 170 Vereine mit 20,000 Personen beteiligten. Nachher wurde in der städtischen Festhalle die General-Versammlung eröffnet.

Anwesend waren die Abg. Bachem, Cabensky, Dasbach, Gröber, Pichler, Porsch, Rören, Schäbler, Trimbom.

Reichstagsabgeordneter Dr. Schäbler hielt die einleitende Rede, worin er seiner Freude über den imposanten Zug Ausdruck gab. Er habe den Beweis geliefert, daß man auch Arbeiter sein könne, ohne der roten Fahne folgen zu müssen. In der Kirche allein liege das Heil zu suchen, sie allein könne dem Arbeiter helfen.

Wo findet der Arbeiter denn auch in Wirklichkeit seinen Schutz? Die Kirche in den Saal. Beim modernen Staat, der Steuerzettel und Kanonen hat, der sich allerdings allmählich auch mehr anfängt, auf seine Aufgaben zu besinnen — bei den Arbeitgebern, von denen immer noch viele ihn als auszuquetschende Zitronen betrachten —? Vor allem bei der „guten Mutter Kirche“, die alle ihre Gläubigen mit Liebesarmen umschließt, in deren Schutz der Mann der Arbeit vollkommen geborgen ist. Die Kirche habe die Ketten der Sklaverei gebrochen und die Arbeiter zu freien, gleichberechtigten Menschen gemacht. Die Kirche hat die Arbeit gelehrt und dadurch den Arbeiter neben Päpste und Bischöfe, Kaiser und Könige gestellt. Aus diesem Grunde fordern wir die Rückberufung unserer Orden als Vorbilder der Arbeit. Die Kirche hat für die Arbeiter bedeutend mehr getan als alle Arbeiteragitatoren zusammen. Etwas hat allerdings die Kirche noch niemals getan und wird es auch nicht tun. Sie hat die Arbeiter noch nicht als ausgenutzte, noch niemals belogen oder betrogen. Dieses traurige Gefühl will die Kirche Anderen überlassen. Die Kirche sagt den Arbeitern nicht, daß das Paradies auf Erden sei, daß das höchste Gut des Menschen Besitz und Genuß sei. Die Kirche sagt auch den Arbeitern nicht, daß es nur dadurch besser werden kann, wenn alles auf den Kopf gestellt werde. Die Kirche will volle Gerechtigkeit. Der Arbeitgeber soll vor dem Arbeiter feinerlei Vorzug genießen. Wer die Fahne verläßt, der sei eine feige Memme, die Fahne der katholischen Arbeiter ist das Kreuz.

Nach dieser Ansprache, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, ergriff der Erzbischof Dr. Hörber das Wort und schilberte die Segnungen, welche die Kirche dem Arbeiter bietet. Bei der jüngsten Bischofskonferenz in Fulda habe er so recht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Kirche die Förderung der Interessen der Arbeiter als Hauptaufgabe betrachte. Der Erzbischof erteilte zum Schluß der Versammlung den Segen. Sodann sprachen der Arbeiterssekretär Reinhardt-Freibur über die Vortheile der katholischen Gesellenvereine, Vater Nonaventura-Berlin über die Kirche und die christliche Caritas. Der Vorsitzende des Lokalkomitees Giesler erklärte, das Christenthum könne nicht u.bernirt werden, sondern die moderne Zeit müsse christianisirt werden. Auch die Katholiken wollten den Fortschritt, aber den Fortschritt in gutem Sinne, nicht den Fortschritt wider Gottes Gebot. Die Ausführungen sämtlicher Redner fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung.

Diese aufdringliche Betonung der Arbeiterfreundlichkeit der Kirche und des Zentrums zu Beginn der Generalversammlung ist recht bezeichnend. Das Zentrum fühlt, daß seine Zollwucherpolitik ihm die Arbeiter entfremden muß. Deshalb pouffiert es die Arbeiter und sucht sie durch Schaugepränge zu benebeln.

Auf der Generalversammlung wird allerdings der Mißstand, der durch das Zentrum geht, nicht hervortreten. Diese Versammlungen sind nichts weiter als gut arrangirte Schaustellungen, wo die Führer allein reden und die Masse zu schweigen hat. Opposition ist in den öffentlichen Versammlungen so gut wie unmöglich.

### Politische Ueberflucht.

**Gegen die Hungertur des deutschen Volkes.** Im Einverständnis mit dem Hamburger Senat werden die vier Schlächterinnungen von Hamburg, Altona, Wandsbef und Harburg an den Reichstanzler eine Deputation entsendend, um die Aufhebung des Einfuhrverbots für lebendes ausländisches Vieh zu erzielen.

Offiziös wird bereits darauf erwidert, daß davon nicht die Rede sein werde. Man halte den Fleischmangel für vorübergehend.

Glauben die Offiziösen, daß bis zum nächsten Donnerstag alle deutschen Kühe, Schafe und Schweine ausgewachsene Käiber, Lämmer und Ferkel zur Welt bringen werden?

**Die Fleischnoth.** Welch' verzweifelte Lage die Grenzsperr für die Vieheinfuhr und die dadurch hervorgerufene Viehnoth und Theuerung geschaffen hat, dafür ist eine Auslassung des Fleischmeisters D. W. Ohmann in Hannover, die in der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ veröffentlicht wird, in hohem Maße charakteristisch:

„Die Vieheuerung hat in der letzten Zeit ganz enorm zugenommen. Diese Konjunktur wird voraussichtlich für Großvieh andauern, für Schweine noch sogar zunehmen. Es werden Preise gezahlt werden müssen, wie solche selten da gewesen sind. Es überkommt einen ein Grausen, wenn man bei solchen Preisen vor einem gekauften Stück Vieh steht, und man bezweifelt die Möglichkeit, den gezahlten Preis daraus wieder herauszuarbeiten. Manche ehrenwerthe Existenz unter den Kollegen wird unter solchen Verhältnissen wirtschaftlich zusammenbrechen. Auch die Besser- und Bestkämmer werden zu dem Ausspruch kommen: „Wir arbeiten nur für die Agrarier.“ Das sind abnorme, ungewöhnliche Zustände, sie fordern heraus und berechtigen zu eben solchen Schritten zu ihrer Abänderung. Empfindet es sich noch, wie bisher, an die zuständigen Behörden, wie Bundesrath etc., wohlgefügte Resolutionen und Eingaben zu richten, in welchen unter Beifügung einwandfreier, statistischen Materials das Unvermögen der heimischen Landwirthschaft zur genügenden Viehproduktion dargelegt wird, in welchen in allermaßvoller Weise vom sachmännischen Standpunkt aus das Annehmen der von der Gefahr der Seucheneinsehrung durch die Einfuhr ausländischen Viehs wiederlegt wird, in welchen wir schließlich achtungsvoll und ergebenst um Milderung resp. Aufhebung der Sperre bitten? Jeder, der sich dieses fragt, wird gewiß zu dem Resultat kommen, daß solches nach den bisherigen Erfahrungen gänzlich zwecklos ist. Bei dem über großen Wohlwollen, welches die Agrarier bei den betreffenden Behörden

und Regierungen gefunden haben, ist eine negative Antwort vorauszusetzen. Um weitere Kreise, die es noch nicht wissen, aufzuklären, daß ganz abnorme Verhältnisse die Fleischheuerung veranlassen, dürfte es sich empfehlen, daß im ganzen deutschen Vaterlande für einen bestimmten Zeitraum, vielleicht 14 Tage (außer den Lieferungs-Ingabern), jegliche Schlächtung unterbleibt. Einen sekundären Verlust dürfte dies wohl kaum bei jetzigen Preisen für Jemand haben, vielleicht das Gegentheil. Solche Maßnahmen dürften wohl das letzte Mittel in unserem Kampf gegen die Sperre vorstellen, den wir im Interesse vieler Millionen von Fleischkonsumenten führen. Es dürfte damit Alles gethan sein, was von energischen, thatkräftigen Männern verlangt werden kann, die sich mit papiernen Eingaben nicht weiter befassen mögen. Hat dies keinen Erfolg, so wollen wir nur wünschen, daß durch die kommenden Reichstagswahlen im nächsten Jahre sich unser Volk von der agrarischen Seuche befreit, die kommende Geschichtsschreiber vielleicht als den Fluch Deutschlands in unserer Zeit bezeichnen werden.“

**Wer ist nun national ehrlös?** In der „Freisinnigen Zeitung“ finden wir folgende ergögliche Bankerei mit den Konservativen:

Von „wahrhaft nationaler Ehrlosigkeit“ erkecht sich das Deutsche Adelsblatt zu sprechen, weil der Liberalismus über „Brotwucher“ schreit, wenn es sich um die paar Groschen Zoll handelt.“

Das „Deutsche Adelsblatt“ hat sich mit seinen Vornurten in der Adresse geirrt. Die Vornurten sind vermittlicht gerichtet gegen die Leute, die mit dem Abschwanken der deutschen Landwirtschaft in das Lager der Sozialdemokratie drohen, falls die agrarischen Wünsche nicht erfüllt werden, bei denen es sich „um die paar Groschen Zoll handelt“.

Die nationale Ehrlosigkeit wird also den Konservativen, den Liberalen und versteckt auch den Sozialdemokraten vorgeworfen. Wer bleibt da noch? Vielleicht die Polen?

**Preussisches Schulleben** giebt es nicht nur östlich der Elbe, sondern auch in der Provinz Sachsen.

So wird der „Magdeburger Volksst.“ aus Halle geschrieben: Herrliche Schulzustände bestehen in den Ortschaften um Eisleben, wo die reichstreuern Bergleute hausen, die einst die Sozialdemokraten niederknüppelten. Dieses ergab eine Verhandlung gegen den Mühlenbesitzer Franz Kreißler wegen Verleumdung des Lehrers Deumichen zu 40 Mk. Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängniß verurtheilt worden war und dagegen Berufung eingelegt hatte. R. wollte sein Kind von Gatterstedt in die „bessere“ Schule nach Wolferode bringen und beleidigte den Lehrer D. und den Schulinspektor Pastor Göbelin, weil diese das Kind wegen Raummangels nicht aufnehmen. Lehrer D. hatte auch einen Stoß vor die Brust erhalten. Ueber die Gründe zur Verweigerung der Aufnahme äußerten sich Lehrer und Pastor folgenmaßen:

Bei der letzten Einschulung hätten wegen Platzmangels 47 Kinder zurückgewiesen werden müssen. Die Regierungsbestimmungen bezüglich des Raumes und der Luft für die Kinder würden nicht beobachtet. Für 80 Kinder sei nur Platz in den Klassen, aber 96 Kinder würden untergebracht. Mit Recht meinte der Lehrer, es sei gar kein Wunder, wenn er sich in solcher Klasse nicht mehr zurecht finde. Trotz ihrer Kenntnisse könnten die Kinder nicht verjert werden, weil in den oberen Klassen auch kein Platz sei. Wenn Platz werde, sage der Schulinspektor:

### Das tägliche Brot.

Roman von Clara Viebig.

Die Holzstufen, die hinunter führten in den Keller, waren rechts und links flankirt von hohen Körben. Obenan ein mit schon welken Bohnen gefüllter; diesem gegenüber einer roh von der Suppe, die zerplatzt und zerdrückt Preiselbeeren verquollen.

Das Fenster, in gleicher Höhe mit dem Trottoir, bot ein buntes Durcheinander: Kohlköpfe, Gurken, Aepfel, Citronen, Bäcklinge, Birnen, Pflaumen, Feigen, Brot und weißer Käse; in der Mitte ein Körbchen: „Garantirt frische Trinkeier“.

An Inschriften war überhaupt kein Mangel, überall baumelte an Pappstücken.

Täglich frisches Landbrot.  
Feinstes Salon-Teel, pr. Liter 18 Pf.  
Cinnaade-Essig.  
Kleine Fuhrer werden gefahren.  
Verleberger Glanzwische.  
Kollmops.  
Alle Sorten Biere, frei in's Haus.  
Hier kann gerollt werden.

Größer aber als alle, prangte ein Zettel:  
Gesindevermietungs-Bureau  
von  
Frau Amalie Reschke.

Die Stufen waren feucht, glitschig von getretenen Gemüseresten. Hier lag ein Krengebüsch, da ein ausgedrückt Pflaumenstein, dort sammelten Traubenschalen: alle die Wägen, die unten Esel geholt hatten, wrobirten auf der Treppe davon.

Es war ein sehr frequentirtes Geschäft, den ganzen Tag schlug der Klingel an, die hinreich unter einer Treppenhufe angebracht war; sie leitete und gellte und geterte in einem hohen, ohrenzerreißenden Diskant. War Frau Reschke wirklich einmal hinter der Glas Thür mit den gelbten Gardinchen, die in die Wohnung der Familie drate, verschwunden, gleich tief das durchdringende Geschrei sie wieder herbei. Da gab's kein sich unbemerkt in den Laden schleichen, denn auch die blaualdrirten Thüren weit in den Angeln zurück lagen und sich erst Abends, lange nach Zehn, schlossen.

Die Mädchen stellten ihr Gesicht oben nieder und tapteten die untere Treppe hinunter.

Mine schral zusammen, daß ihr das Herz im Leibe erzitterte, unter ihrem verben Tritt auf die Stufe, die verborgene Klingel läutete. Das war ein scharfes, nicht endemollendes Läuten, ein benendes, bösartraes, billiges Gebelster. Sie wagte nicht, sich zu regen, der Schweiß brach ihr aus. Gott sei Dank, jetzt hörte es. Bertha hatte sie die Treppe vollends hinabgezogen. Nach der Helle der Straße schien es unten völlig dunkel.

Erst allmählich gewöhnten sich die Augen daran und lernten unterscheiden.

Da stand eine kleine dicke Frau hinter dem Ladentisch, der mit Schachteln und Föden, Glastraufen, Broten und Krufen so hoch bepackt war, daß sie kaum darüber wegsehen konnte. Eine helle Rattenschürze lag prall um die mächtigen Hüften, der Busen über den der Schürzenlatz sich spannte, zeigte den Schmund einer rosa Äster.

„Was soll's denn sein?“ fragte sie außerordentlich freundlich und schmunzelte die Mädchen an.

„Das ist se“, wiperte Bertha und puffte Mine in den Rücken. „Du sei nicht uf's Maul gefallen!“

Mine machte ein paar zögernde Schritte gegen den Ladentisch; den Eierkorb wie zum Schutz vor sich haltend, stotterte sie: „Ich — bin et — de Mine!“

„Wer?“

„Du, die von Heinge's, aus Gelmütz!“

„Jotte doch, Heinge's Mine aus Gelmütz?“ Die Frau schlug die Hände zusammen. „Warum sagste det denn nicht gleich? Ich kenne so viele Minen's. Na, det 's ja reizend, daß de hier bist!“ Sie reichte der Nichte die Hand. „Ich sagte schon zu Reschken: „Wetten?! Die kommt nich, die is bange vor Berlin.““

„C ne.“

„Na, denn setz der!“ Scharf mustend überflog der Blick der Kennerin die zierliche Gestalt Bertha's. „Wen haste denn da mitgebracht?“

„ne gute Bekannte.“

„So, Fräulein, Sie suchen wohl auch Stellung? Was? Det wird nich schwer halten.“ Wohlgefällig lächelte die Frau und wendete sich dann gegen die Glashür. „Reschke, Reschke!“

„Was's denn los?“ Ich bin bei's Bücherführen“, grunzte die Stimme des Mannes hinter der Thür.

„Duatsch! Deine Nichte ist ankommen! Was für!“

Verwandten. Der starke Mann da, mit der klumpigen Nase und den freundlichen, kleinen Augelchen, war doch der einzige Bruder der Mutter, ihr Stolz, der Kröfus, von dessen Glück sie ihren Kindern und auch anderen Leuten gern und viel erzählte. Mine trat dicht an ihn heran und gab ihm die Hand. „Sei bedankt, Dank, denn de mer zu 'ner guten Stelle verjert! Ich wücht auch mein Glück hier machen!“

„Joho, hobohoho — Reschke mollte sich ausschütten vor Lachen. „Da denken se Alle, daß Feld liegt hier uf de Straße! Ja, Mädchen, da mußste Dich mit meine Frau verhalten, die hält den Teufel an der Strippe. Soll se 'n for Jönen och mal springen lassen, Fräulein?“ Er zwinkerte Bertha zu.

„Red' nich so 'n Quatsch“, fuhr ihn seine Frau an, „Du weest recht jut, wie 's heututage mit die Herrschaften is, die sind zu wählereich, mit die nettsten Mädchen machen se Krach. Un mit 'n Lohn knapsen se, det 's schon mehr himmelschreitend. Du machst se Alle von außerhalb nach Berlin, janze Hundel Mädchen, un denken wunder, was hier los is — ja, Kuchen! Fünwe, zehne, fußzehn — eine Mandel!“ Sie gähnte die Eier. „Fünwe, zehne, fußzehn — na, aber wir werden schon sehen — zwei Mandeln!“ Fünwe, zehne, fußzehn — drei Mandeln!“ Du brauchst keine Bange nich zu haben — fünwe, zehne, fußzehn — so 'n anfchlichtet Mädchen!“ Bier Mandeln!“ Fünwe, zehne, fußzehn — fünf Mandeln!“ Det wär ja noch schöner, Du keene iute Stellung kriegen?! So 'n hübschet Mädchen, so bescheiden, un so tüchtig! Da laß Du nur die Reschken for forjen!“

„Na, siehste t“, sagte der Dank und klopfte sie auf die Schulter.

Mine strahlte über's ganze Gesicht; Bertha lächelte in sich hinein.

III.

Die Reschke'sche Wohnung bestand außer dem Laden und dem großen Zimmer hinter der Glashür, wo das Pianino stand und das durch einen Rattumborhang verdeckte Bett des Ehepaares, aus einer Kammer und einer winzigen Küche. Reschke vom guten Zimmer war noch ein fensterloser, niedriger Raum, in dem Karioffeln und Scherensand aufgeschüttet lagen, und ein paar große Hunde herumlungerten. Mit ihnen fuhr Herr Reschke zu Markte.

Schon des Morgens um Drei konnte man ihn auf dem Hof herumkloppen und den Hunden pfeifen hören. Von dem Karren, der im feuchten Hofwinkel stand, gerete er die Plane herunter und jagte Hül und Fied, die ihn nun eingelassener Schwanz umschlichen, mit einem Strickende vor die Deichsel. Herr Reschke spannte an.

Sein Ideal war, einmal einen ausgedienten Militärgaul zu besitzen und mit diesem, wenn der Sonntag die Reihe der täglichen Marktfahrten unterbrach, am Nachtag seine Familie in den Brunenwald zu futschieren. Er hatte es immer noch nicht zur Equipage gelangt.

„Jetzt können wir wieder versetzen!“ Herr Obbelin behauptet ebenfalls, daß in der Gegend die Kinder wegen Nahrungsmangels größtenteils erst mit dem 7. Jahre eingeschult würden. Bei den Versetzungen der Kinder verfährt er sehr liberal. Er gebe nicht so genau nach den Kenntnissen, sondern mehr nach dem Alter und strebe danach, daß möglichst alle Kinder aus der ersten Klasse konfirmiert werden.

Die Verhandlung hatte das Ergebnis, daß die Strafe gegen R. auf 60 Mk. erhöht wurde.

Solche Phantasien stellen die scheinbar so großen Fortschritte des preussischen Volksschulwesens, wie sie uns durch die schönfärbischen Kommentare zur jüngsten Schulstatistik glaubhaft gemacht werden sollen, in das rechte Licht.

**Die Stichwahl im Reichstags-Wahlkreis Hirschheim-Kulmbach** ergab nach endgültiger Feststellung für Faber (nl.) 9400 und für Jöllner (Fr.) 8498 Stimmen. Faber ist also gewählt. Das Zentrum hat damit endgültig einen Wahlkreis verloren, die wirtschaftliche Reaktion aber in dem jöllnerischen Herrn Faber eine gleich wertvolle Stütze gewonnen.

**Auf dem Katholikentag** (siehe Leitartikel) wurde am Montag auf Antrag anderer Mitglieder Dr. Försch eine längere Erklärung zur Wiederaufrichtung der Welt Herrschaft des Papsttums angenommen.

Auf Antrag des Grafen von Droste-Bischoff wurde beschlossen: Die Generalversammlung fordert alle Katholiken Deutschlands auf, sich dem Pilgerzuge nach Rom anzuschließen, der im Frühjahr 1903 veranstaltet werden soll in der Absicht, dem heiligen Vater anlässlich der Vollendung der Jahre Petri auf dem apostolischen Stuhle Glückwünsche und Ausbittung darzubringen.

Auf Antrag Cabanels wurde eine Resolution angenommen, die vor unbedachter Auswanderung warnt und rät, vorher die Hilfe des St. Raphael-Vereins in Anspruch zu nehmen.

Ferner wurde eine Erklärung angenommen, die mit großer Begrüßung zur Kenntnis nimmt, daß die Jerusalem-Ausschreitungen griechischer Mönche gegen die dortigen Franziskaner durch die Verurteilung der Anreifer gelübt ist.

Montag Nachmittag ergriß der Vorsitzende, Oberredakteur Dr. Cardanus, das Wort. Er verbreitete sich in längerer Rede über die katholische Bewegung des verflochtenen Jahres, gedachte insbesondere des Ablebens des Kardinals Grafen Ledochowski, des früheren Reichstagspräsidenten Johann v. Suol und des Abgeordneten Dr. Pieber und sprach sich für Wiedergewählung der Männerkloster in Baden aus. Hierauf kam ein Telegramm des Großherzogs von Baden zur Verlesung.

Sodann dankte Erzbischof Köber, der mit großem Beifall begrüßt wurde, für den ihm bereiteten Empfang und gedachte in längerer Rede des Regierungsjubiläums des Papstes; auf sozialem Gebiete könne es nicht besser werden, ehe nicht die sozialen Einrichtungen von wahren Christen durchgemacht seien. Nach weiteren Ansprachen der Abgeordneten Faberbach-Freiburg und Dr. Bachem-Köln wurde gegen 8 Uhr Abends die Versammlung geschlossen.

**Parteitag der deutschsozialen Reformpartei (Antisemiten).** Der 8. Parteitag der deutschsozialen Reformpartei findet vom 18. bis 19. September in Eisenach statt. Die Tagesordnung enthält u. A. folgende Punkte: Bericht über die Tätigkeit der Parteileitung. Berichtler: Oberredakteur Zimmermann-Dresden. Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten. Berichtler: Reichstagsabgeordneter Vogt-Dresden. Der deutsche Kampfmarsch, seine Aufgaben, seine Notlage und ihre Gründe. Berichtler: Flober-Wilmersdorf und Redakteur Herrlein-Dresden.

**Der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern,** Herr Geh. Rath Anton Reiche, dessen Rücktritt wiederholt als bevorstehend angekündigt wurde, hat nunmehr den erbetenen Abschied unter Verleihung des Kronenordens 1. Klasse erhalten.

**Polen-Zulagen für Beamte und Lehrer** in den Distrikten stellt der Reichsanwalt bei Einbringung der Polensatzung in Aussicht. Nach dem „Rechts.“ verlautet, daß diese Funktionärszulage für Februar 200 Mk. betragen solle. Dem Blatt wird weiter gemeldet, daß ein Regierungskomitee in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses mit von der Gewährung der Zulagen an Lehrer, sofern sie sich Verdienste erworben haben, gebrochen hat.

**Anarchist-Überwachung.** Die bevorstehende Anwesenheit des Königs von Italien in Berlin gibt den Sicherheitsbehörden Anlass, die anarchistische Bewegung streng zu überwachen. Insbesondere ist an die Polizeibehörde Berlin und der Provinz Anweisung ergangen, während der nächsten Tage die hier anwesenden, als verdächtig geltenden Italiener genau zu beobachten.

**Eine Zwangsinnung der Fäder und Stickerer** giebt es in Nürnberg. Für Dienstag war eine Versammlung ein-

berufen, um über die Auflösung der Zwangsinnung Beschluß zu fassen. In dieser Versammlung gerieten nach dem „Rechts.“ die Meinungen so heftig an einander, daß die Versammlung ohne Abstimmung geschlossen werden mußte. Die Auflösung der Innung wurde nicht beschlossen; sie muß noch drei Jahre bestehen bleiben.

**Anstalt.**

**Zum Attentat auf den Gouverneur von Chartow,** den Fürsten Obolenski, wird gemeldet, daß der Attentäter dem Fürsten mehrere Abende nacheinander im Garten Livoli auf-gelauert haben muß, ehe er sich entschloß, sein Vorhaben auszuführen. Drei und Zeit waren von ihm sehr geschickt gewählt. Die Stelle im Theater, wo der Gouverneur stand, als die Kugel am Hals ihn leicht kontusionierte, war mangelhaft beleuchtet, so daß der Gouverneur den Fremden nicht sofort bemerken brauchte, dem der Umstand außerdem zu Statten kam, daß der Gouverneur sich mit drei Personen unterhielt, seine Aufmerksamkeit daher in Anspruch genommen war. Auch befanden sich in nächster Nähe vom Gouverneur zahlreiche Personen, da gerade Zwischenakt war und viel Publikum dort hin- und herging. Die Waffe, die der Attentäter benutzte, war ein schußfertiger Revolver neuesten Systems. Als der Attentäter zu Boden geworfen war, richtete er, indem er den bestigsten Widerstand leistete, seinen Revolver unausgesetzt auf den Fürsten Obolenski, der nicht dankenstand. Auch die dritte und vierte Kugel sollte den Gouverneur treffen. Wie nachträglich festgestellt wird, durchbohrte die dritte Kugel den Poletot des Polizeimeisters an zwei Stellen, während die vierte, wie bekannt, ihn durch das Bein ging.

**Kirche und Staat.** Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht ein ihr aus Rußland zugesandtes Zirkular der Bischöfe von Tarnobow und Segal an die Priester, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß in der letzten Zeit besonders im Gouvernement Chartow sich unter den Zöglingen der Seminare ge-heime Verbindungen bemerkbar machen, die unter der Jugend „Verwirrung anrichten“ und eine Unterbrechung der regelmäßigen Tätigkeit hervorzurufen geeignet wären. Die Bischöfe und die Eltern der Kinder werden aufgefordert, gegen die revolutionäre Bewegung einzuschreiten, weil die Regierung entschlossen sei, unumkehrbar gegen die regierungsfeindlichen Agitatoren vorzugehen.

**Die Lemberger Polenfraktionen** sind nunmehr gerichtlich verfolgt worden. Am Sonnabend wurde das Urteil in dem Prozeß wegen der im Juni d. J. vorgekommenen Straßenausdehnungen bekannt gegeben. Von den 51 Angeklagten wurden fünf- undzwanzig zu Kerkerstrafen von einem Jahre bis zu zwei Monaten, bezw. Arreststrafen von einem Monat bis zu einer Woche verurteilt, die Uebrigen freigesprochen.

**Verhaftung deutscher Matrosen in Odessa.** Dem Londoner „Standard“ wird aus Odessa telegraphiert: Am Sonntag vor acht Tagen wurden zwei Matrosen des deutschen Kriegsschiffes „Voreles“, dessen Mannschaft v. a. den Deutschen Odessas bewirtheet wurden, vom Kommandeur der Stadt vom Boulevard vertrieben, und da sie nicht Folge leisteten, verhaftet. Der Kommandeur der „Voreles“ forderte eine Entschuldigung vom Gouverneur und meldete den Vorfall, da er eine solche nicht erhielt, an das deutsche Marineamt. Wie das „V.“ erzählt, ist hier noch kein Bericht des Kommandanten der „Voreles“ über den Vorfall eingetroffen. — In Rußland macht man anscheinend, was man will.

**Das Gesetz betr. die Schließung der belgischen Spielhöllen,** welches vom Senat und der Deputiertenkammer längst votiert ist, und gegen dessen Unterzeichnung der König sich bisher sträubte, wird demnächst doch in Kraft treten. Der König hat in die Unterzeichnung gewilligt und soll das Gesetz mit dem 10. Oktober Geltung erlangen. So haben die Befürworter der Spielbanken und die Gewerkschaften doch noch einmal eine gute Ernte gehabt.

**Gegen den sozialistischen Deputierten Manjart,** Bürgermeister von La Louviere in Belgien, ist die Untersuchung eingeleitet, weil er sich während der April-Aufstände geweigert hatte, Truppen in kommunalen Gebäuden unterzubringen.

**Der Sozialdemokrat als Volksanwalt** in Indien. Vor Kurzem fand auf Celebes eine Volksversammlung von Eingeborenen in Minabassa unter Leitung und auf Veranlassung des holländischen Genossen Van Kol statt. Wie berichtet wird, nahmen mehrere Tausend Personen daran Theil. Außer Van Kol war nur noch ein Europäer anwesend, der jenem behilflich sein sollte, wenn weniger gebrauchliche und Van Kol unverständliche malaisische Ausdrücke vorkommen sollten. In der Versammlung, die 3 Stunden dauerte, wurden eine ganze Anzahl Mißstände bestritten. Man befaßte sich mit dem Steuerwesen, den persönlichen Diensten, dem Recht der Bevölkerung an Grund und Boden, ihrem Recht, ihre inländischen Beamten selbst zu wählen, den sogenannten Ehrendiensten und mit dem staatsrechtlichen Verhältnis Minabassas zu den Niederlanden. Die Versammlung nahm, trotzdem gegen mehrere Verwaltungsmaßnahmen scharf protestiert wurde, einen ruhigen Verlauf und wurde mit einem Volksgefang geschlossen.

Das „Amsterdamer Handelsblatt“ regt sich darüber auf, daß die indischen Behörden Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung erteilt haben. Versammlungen von Eingeborenen sind nämlich nach

dem Regierungsreglement in Niederländisch-Indien ausdrücklich verboten.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Reichstagskandidaturen.** Im dritten Hamburgischen Wahlkreis wurde Abgeordneter Wilhelm Meßger einstimmig wieder zum Kandidaten aufgestellt.

**Gemeindefreiwahl in Bayern.** Der sozialdemokratische Verein in Erlangen beschloß, beim Magistrat um die Wieder-einführung der Bezirksräthe nachzusuchen, damit es der Arbeiterpartei ermöglicht werde, auf dem Rathhause vertreten zu sein. Dieser Wahlmodus bestand früher schon bis zum Jahre 1899, wurde aber von der liberal-freiwilligen Mehrheit beseitigt, als die Gefahr auf-tauchte, daß einige Sozialdemokraten gewählt würden. Die Ver-sammlung lehnte es einstimmig ab, mit irgend einer anderen Partei ein Kompromiß abzuschließen, sondern beschloß, selbstständig in den Wahlkampf einzutreten.

**Arbeiterbewegung.**

**Zum Nachener Eisenbahner-Ausstand** wird dem „Vorwärts“ im Gegenlag zu unserer gestrigen Meldung, die bürgerlichen Blättern entkamme, geschrieben: Die unter dem Vorsitz eines Bürgermeisters als Vertreter des Nachener Oberbürgermeisters und unter Beteiligung politischer und anderer Amtspersonen ab-gehaltene Einigungsverhandlung verlief ergebnislos, weil die Kleinbahndirektion die Maßregelung von acht Wirtshäusern nicht wieder aufheben und von den 122 Ausständigen nur 72 zunächst wieder einstellen will. Die Maßregelungen sind bekanntlich die Hauptursache der Arbeitseinstellung, und es ist begreiflich, daß der Ausschluß der Streikenden aus deren Mithingungsmachung nicht ver-zichten wollte. Die Nachener Einwohner stehen mit ungewöhnlicher Einmütigkeit auf Seiten der Angeketteten. Eine von 600 Personen besuchte Versammlung stellte sich vollständig auf die Seite der Strei-kenden und beschloß, so lange die Straßenbahnwagen nicht zu be-nutzen, bis das alte gutgeschulte Personal wieder an Stelle des jetzigen zum Theil unfähigen und den gesetzlichen Vorschriften nicht genügenden fährt. Am Sonnabend fuhr ein ausschließlich der Stoll-berger Strecke nur 21 Wagen. Die Zahl der Ausständigen hat sich bisher stets vermehrt; nicht ein einziger ist zum Streikbrecher ge-worden. Die Ausständigen gehören sämtlich dem Zentralverband der Transport- und Verkehrsarbeiter an. Auch eine Versammlung von Kleinbahn-Abonnenten stellte sich auf die Seite der Ausständigen und veranfaßte eine schriftliche Eingabe an die Direktion und an den Regierungspräsidenten.

**Zum Parteitag in München.**

Aus dem Bericht des Parteivorstandes.

**Gewerkschaftskongress.**

Als auf einen hochbedeutsamen Vorgang in den Reihen der Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft verdient an dieser Stelle auch auf den vierten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten in Stuttgart, hingewiesen zu werden. Der Kongress war zahlreicher besucht wie alle seine Vorgänger, und welche Bedeutung die gewerkschaftliche Bewegung trotz aller Verfolgungen durch Behörden und Unternehmer in Deutschland erlangt hat, dafür zeugt wohl in glän-zendster Weise die Beachtung, die die Verhandlungen des Kongresses in der gesammten deutschen Presse gefunden haben. In wie hohem Ansehen die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern des Auslandes steht, das zeigen die Delegationen, die aus fast allen europäischen Ländern zu den Verhandlungen erschienen waren.

Als ein Zeichen der Zeit darf es wohl auch registriert werden, daß — zum erstenmal in Deutschland — das Reichsamt des Innern und das königliche Ministerium des Innern von Württemberg sich auf diesem Kongresse Klassenbewußter Arbeiter durch höhere Beamte vertreten ließen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren in allen Stadien von Sachkenntnis und tiefem Ernst getragen, zugleich aber brachten sie auch Neuzug des vollen Beweises, daß unter den Klassenbewußten deutschen Arbeitern vollständige Einigkeit herrscht. Die Hoffnungen auf eine Spaltung zwischen den gewerkschaftlich und politisch organi-sierten Arbeitern sind elend zu Schanden geworden, darüber haben die Verhandlungen in Stuttgart auch keine Spur von Zweifel mehr übrig gelassen.

Dieser geschlossenen Einigkeit gegenüber ist es von doppeltem Interesse, die Kämpfe in den sogenannten christlichen Gewerkschaften zu beobachten, die wohl als ein sicheres Anzeichen dafür gelten können, daß weite Kreise dieser Arbeiterkategorien es satt haben, sich fernerkhin als willenloses Stimmvieh für kirchliche und Unternehmer-Interessen mißbrauchen zu lassen.

**Internationales.**

Zum 30. Dezember 1901 war vom internationalen sozialistischen Bureau eine Sitzung der Bureaumitglieder nach Brüssel einberufen.

Zuges um. Von den 120 Passagieren des Zuges wurden etwa 40 verwundet.

In Paris werden gegenwärtig einige Straßen mit Glasplaster versehen, nachdem zwölf Monate hindurch fort-gesezte Versuche erwiesen haben, daß ein solches Plaster hoch-gelastete Anforderungen zu genügen vermag. Die „gläsernen Glasteppiche“ werden aus Glasabfällen hergestellt, welche bis zum Weichwerden erwärmt und dann unter hydraulischem Druck stark gepreßt werden. Hieraus werden dann die Würfel geschnitten.

**Das nothwendigste Gedächtnis.** Ein heiterer Zwischenfall er-zignete sich, nach der „Vid. N.“, kürzlich bei der Rollrevision des Ostende-Luxemburg-Expresszuges in Passau. Der Zollbeamte hatte das umfangreiche Gepäck der von Lüttich kommenden Madame Antoinette S., einer in London lebenden Wienerin, schon abgefertigt, als ihm noch eine längliche Kiste auffiel. Es entwickelte sich nun folgender Dialog: Zollbeamter: „Was ist da drin, Gnädige?“ — Passagierin: „Da sind nur Hüte drin, garnichts Verbolllbares.“ — Zollbeamter: „Nur Hüte?“ — Passagierin: „Ja, 32 Stück.“ — Zollbeamter (entsetzt): „32 Hüte, das ist doch ungläublich. Da muß ich mich doch überzeugen, bitte, öffnen Sie.“ — Passagierin (erregt): „Ja glauben Sie vielleicht, ich komme mit zwei Hüten aus, ich habe zu Hause noch zwölf.“ — Die junge, elegante Frau mußte sich trotz dieser Erklärung beugen, das Gedächtnis zu öffnen. Und in der That, die Augen des Beamten, um den sich ein Kreis von Neugierigen gebildet hatte, sahen in der Kiste nichts als Damen-hüte. Mit einigen höflichen Worten hat der Beamte die schöne Frau mit den 32 Hüten um Entschuldigung.

**Literatur.**

Der „Wahre Jacob“ hat seinen die Nummer 18 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Wiederum mußte er einem ver-torbenen Parteigenossen von der alten Garde einen Nachruf widmen, und zwar einem, der ihm besonders nahe stand, seinem alten Mit-arbeiter Max Regel, dessen in würdiger Weise gedacht wird. Dem Aufsatz über Regel ist ein wohlgefügtes Portrait desselben be-gegeben. Aus dem sonstigen Inhalt der Nummer heben wir die beiden farbigen Bilder „Die Kunstförderer in München“ und „Ein schwere Prüfung“, sowie die Illustrationen „Aus England“, „Wann-sich diese Leute?“ und „Pfarreckschimmen beim Stellwechsel“ hervor. Der fertliche Teil der Nummer bringt noch die Gedichte „Adolf von Bennigsen“, „Frei ist der Dackel“, „Fürsten-Entrufen“, „Das Kinderpielzeug“, „Kulturarbeit“, „Ministerpech“, „Der Partei-lose“ und außer einer Anzahl kleinerer satirischer Prosaarbeiten noch die Novellen „Der Kinder glaube“ von Dr. Ludwig Frank und „Kinder“ von Clara Müller. Der Preis der 10 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

**Ans aller Welt.**

**Tödliche Brandwunden** erlitt der fünf Jahre alte Sohn Albert der Arbeiter Springalden Eheleute in Berlin. Die Mutter war nach ihrer Aufwachenstelle gegangen und hatte den Knaben allein in der Wohnung zurückgelassen. Beim Spielen mit Streichhölzern fing der Knabe Feuer und brannte, als die Mutter gerade bing-tam. Mit Hilfe von Nachbarn wurden die Wunden ersticht, das Kind war aber am Kopf und Rücken so stark verbrannt, daß es im Keller und Kellern Friedrichs-Kinderkranienhaus starb.

**Von einem Mißgeschick** wurde ein Dresdener Ein-wohner betroffen, der zur Toilette aus Südamerika eingetroffene Sen-dungen kritischer Schilder ansah. Kaum hatte er sich in angestricheltes Sittlichkeitsverdienst, als er plötzlich am rechten Larmen einen heftigen Schmerz verspürte. Der Schmerz war dieser durch einen St. Louis, der unvollkommenen „blinder Passagier“ der Sendung gewiesen war. Der Geschickliche mußte sich in die Behandlung eines Arztes begeben.

**Als Jucht vor Strafe** hat sich in Danzig ein Un-erfüllter vom Selbstmordregiment in Langfuhr ereignet. Er hatte Tags zuvor mit einem Kameraden an einem mit 2 Kometen-berden betraunungspogwende einen Ausflug gemacht. Auf dem Rück-wege über den Brücke auf der Fähre, sprangen in die Wischdel und konnten nicht mehr gerettet werden.

**Bei Kavallerie-Übungen,** die jetzt in der Nähe von Wieg an dem Hügel der Seile abgehalten werden, stürzte am Donner-stag der Reserve-Lieutenant Wittmann von dem 14ten Wlanen, Referendar aus Burgsteinfurt, so unglücklich von dem Pferde, daß er das Genick brach und sofort starb.

**Erlösch eingekerkert.** In München wurde wegen demanthen schlichten Entschuldigens, durch das Arbeiter, die gegen Biermarken für Tageslohn erhalten sollten, in ihren Rechten gekränkt worden sind, der Schenkhalter einer Brauerei zu einem Monat Gefäng-nis verurteilt. Als Anrathschwerend wurde namentlich in Betrach-gegragen, daß der Angeklagte wußte, daß die Biermarken einen Theil des Lohnes der Arbeiter bilden.

**Feuersbrunst** In Straßburg (Sachsen-Weimern) wurden am Sonntag Abend durch eine Feuersbrunst 13 Wohnhäuser und Nebengebäude eingestürzt. 22 Familien, meist arme Ar-beiter und Glasbläser, sind obdachlos.

**Entgeißel** In der Schiffsung 9, welcher Montag Morgen von Braunschweig mit 10 Mannen Besatzung abging, gegen 6 Uhr früh bei Schandelaß verunfallt durch Radreifenbruch. Die beiden Maschinen liegen quer über den Schienen, der Gepäckwagen ist zertrümmert. Beide Schiffe sind gesunken. Der Verkehr wird durch Umgehungen unterbrochen.

Nach Privattelegrammen sind von den Passagieren vier leicht verletzt. Von dem Fahrpersonal erlitten vier Mann ernste und

melbet: Vor dem Zuge waren zwei Lokomotiven gewesen. Die zweite Lokomotive liegt in der Bahnrinne rechts und im Grunde einge-graben, während der Kohlenwagen der Maschine auf die Seite zwischen die Schienen gedrückt ist. Die erste Lokomotive liegt im rechten Winkel quer über dem Gleis und ist zertrümmert. Aus ihr wurde ein Feuer herorgezogen, der sehr schwer verbrüht ist. Ueber dieser Maschine liegt quer der Radwagen, aus dem der Radmeister in einem großen Bogen in den neben dem Bahndamm gelegenen Garten geschleudert wurde. Die Führer und Lokomotivführer, als ob sie verlebene Spielmarke wären. Beide Tender wurden vollständig ab-geworfen. Der erste Wagen hinter dem Radwagen gehört der holländischen Staatsbahn und führt zur Nummer 1. und 2. Klasse. Hier und die Führer total zertrümmert. Der holländische Wagen hat sich tief in den Sand eingegraben. Es bestand sich nur eine Reisende in ihm.

**Ein Boot gekentert.** In Halle kennen am Sonntag, wie mehrere Blätter berichten, ein Boot auf der wilden Saale, wobei zwei Mädchen und ein junger Mann ertranken.

**Schiffszusammenstoß in der Bucht von Hamburg.** Nach Berichten aus Hamburg ist Sonntag Nacht der Passagierdampfer „Hilfskader“ mit 114 Mitgliedern eines Vereins an Bord oberhalb der Stadt mit dem Passagierdampfer „Adalbert“ zusammengestoßen. Eine große Panik entstand. Mehr Passagiere wurden verletzt. Der „Adalbert“ ist am Rad-fahren leicht beschädigt und nicht gefahren.

**Blutgatten.** In der Nähe von Bochum wurden in der letzten Nacht bei einer von italienischen Arbeitern veranlaßten Schlägerei ein Mann erschossen, mehrere Andere zum Theil schwer verletzt.

**Fünf Kinder in einem Seebebe ertranken.** In dem fathionablen Badeort Fies in der Nähe von Scarborough spielte sich am Sonntag ein furchtbares Spiel ab. Fünf Kinder, die zwei be-zwunderten Müttern angeschlossen, spielten im Sande, während die Mütter herumliefen. Die beiden Mütter saßen etwas abseits auf einer Düne, als er plötzlich bemerkten, daß das Wasser den etwas höher gelegenen Spielplatz der Kinder von ihnen trennte. Ein Versuch, zu den Kindern hinzuliegen, erwies sich als unzulänglich, da die Wogen die Damen umwarpen. Ein Radfahrer, der die Szene von Weitem be-obachtete, eilte zur Hilfe herbei, sein Rad brach aber unter ihm zu-sammen, als er nach einer englischen Weite von der Unglücksstelle ent-fert war, und so trat er zu spät ein. Bei seinem Versuch, die Kinder zu retten, die jämmerlich schrien, während die größeren Kinder die kleineren über Wasser zu halten versuchten, wäre er ge-nau selbst von den Wogen weggerissen worden, während eine große Woge die fünf Kinder wegnah, als er bei einem zweiten Versuch noch zwanzig Meter von ihnen entfernt war. In derselben Stelle ertrank bald darauf noch ein Junger, der dort badete.

**Eisenbahnzug vom Sturm ausgeweht.** Nach einer De-

Von unserer Seite nahmen die Genossen B. Singer und K. Kautsky an den Verhandlungen Theil. Neben anderen wichtigen Beschlüssen fand auch ein von Singer und Kautsky beantragter Protest gegen die Germanisirungsversuche Preussens Polens und gegen die barbarischen Thaten Englands in Transvaal einstimmige Annahme. Außer Deutschland waren auf der Konferenz vertreten die sozialdemokratischen Arbeiter von England, Frankreich, Holland, Polen, Belgien, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Republik Argentinien. Ihre Zustimmung sandten die Arbeiterparteien von Dänemark, Oesterreich, Italien und Spanien.

Zum österreichischen Parteitag in Wien delegirte der Vorstand die Genossen A. Hebel und Franz Ehrhardt, die dort freundlichste Aufnahme fanden. Der von der Arbeiterpartei Belgiens im Laufe dieses Jahres insigirte Generalstreik zur Erringung des gleichen Stimmrechts begegnete in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie der größten Sympathien. Nach dem Grundsatz: Wer schnell geht, gibt doppelt, sandte der Parteivorstand sofort, nachdem die Proklamirung des Generalstreiks erfolgt war, 10 000 Mk. an die belgische Parteileitung und eröffnete eine Sammlung zur weiteren Unterstützung unserer belgischen Genossen. Da diese mittlerweile den Kampf aufgeben mußten, wurde die Sammlung eingestellt, von den Erträgen derselben aber noch 5000 Mk. abgetrennt.

Der Londoner kommunistische Arbeiter-Verein erließ an den Vorstand der Partei eine Einladung zur Feier der Einweihung seines neuen Heimts in 107 Charlottes Street, Fitzroy Square, W. London. Der Vorstand ersuchte den althergebrachten Genossen Fr. Lechner, die deutsche sozialdemokratische Partei bei der Feier zu vertreten.

**Wahlen.**

Seit dem letzten Parteitag war die Partei in 13 Reichstags-Wahlkreisen an nothwendig gewordenen Nachwahlen theilnehmig. Während der Parteitag noch in Lübeck lag, war die Wahlaktion im Kreis Plessbuden im vollen Gange und das Resultat der Wahl am 26. November entsprach durchaus den Erwartungen, die unsere Genossen gemacht hatten. Trotzdem alle im Kreise vertretenen Parteien Kandidaten zur Hauptwahl aufgestellt hatten, gelang es unseren Genossen 1500 Stimmen mehr aufzubringen wie bei den allgemeinen Wahlen 1898. Mit 9500 Stimmen kam Genosse Dr. M. Duard mit dem freisinnigen Gegner, auf den 6400 Stimmen gefallen, bei der Stichwahl, bei der dann der Freisinn mit 14,902 gegen 11,346 Stimmen den Sieg davontrug. Zentrum, Nationalliberale und Bund der Landwirthe hatten sich mit den Freisinnigen vereinigt und so den Wahlkreis noch einmal für die „Ordnungspartei“ gerettet.

Die Entscheidung bei den Stichwahlen lag in den Wahlkreisen Schweinitz-Wittenberg und Schaumburg-Lippe in den Händen unserer Genossen. In beiden Kreisen standen Freisinnige gegen konservativ-antifremdlich-agrarische Kandidaten in Stichwahl. Unsere Genossen, die im ersten Wahlgange in beiden Kreisen einen bedeutenden Stimmenzuwachs erzielt hatten, entschieden sich bei der Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten als das „kleinere Uebel“ zu stimmen und besiegelten damit die konservativen Niederlagen. Einen glänzenden Erfolg erlangen unsere Genossen bei der Nachwahl in Döbeln (X. sächsischer Wahlkreis).

Der Wahlkreis Döbeln-Rositz war früher im Besitze der Fortschrittspartei, ging dann zu den Nationalliberalen über, die ihn dann an die konservativen Agrarier verloren, bei der letzten Wahl ihn aber wieder erobert hatten. Unsere Genossen haben seit der Wahl 1890 jedesmal in der Stichwahl um den Sieg gerungen, unterlagen aber auch 1898 noch, wenn auch mit geringer Minderheit, der vereinigten Reaktion. Dieses Mal ist es nun gelungen, sämtliche Brotwincker-Parteien gleich im ersten Wahlgange zu schlagen. Auf unsern Kandidaten fielen 11,781 Stimmen, während die Gegner es nur auf 11,459 Stimmen brachten. Mit dem Sieg in Döbeln-Rositz hat unsere Partei in Sachsen mehr als die Hälfte der dortigen Reichstags-Wahlkreise erobert. Der Wahlkreis Döbeln ist ein stark agrarischer Kreis, fast ohne Großindustrie; die Wahl unserer Kandidaten ist deshalb um so vernichtender für die Bollbrotwincker, kaum aber als Beweis dafür gelten, wie die sächsischen Arbeiter bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen für die Entrechtung bei den Landtagswahlen quittiren werden.

**Lokales und Provinziales.**

Breslau, den 26. August.

**Mit dem Parteitag in München** beschäftigte sich die gestrige gut besuchte Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend. Eingangs der Versammlung gab Genosse Löbe einen kurzen Ueberblick über die Tagesordnung des Parteitages, die bisher bekannt gewordenen Abänderungsvorschläge zur Tagesordnung und die gestellten Anträge. Allem Anschein nach sei der diesjährige Parteitag dem Kampfe nach außen, dem Kampfe mit unseren bürgerlichen Gegnern gewidmet und werde von einer Diskussion der inneren Parteifragen absehen. Allerdings sei ein gegen die „Soz. Monatshefte“ gerichteter Antrag vorhanden und sie und da ein Tadel über unseren Abgeordneten Bernsteins laut geworden, weil dieser die beiden letzten Agitationsbroschüren von Kautsky in den „Monatsheften“ scharf kritisirte. Der Tadel sei aber ganz unberechtigt, denn in unserer Partei muß die volle Freiheit der Kritik gewahrt werden. Dieselbe sei ja auch Franz Wehring zugestanden worden, als dieser die im „Vorwärts“-Verlag erschienene Losinsky-Broschüre abfällig besprochen hatte. Dasselbe Recht hat sich auch Genosse Hebel genommen, er unterzog das im Auftrage des Parteivorstandes herausgegebene Reichstagshandbuch einer tadelnden Kritik. Was aber dem Einem erlaubt sei, ist dem Andern nicht verboten. — Die Münchberger haben wahrlich genug vor der eigenen Thür zu kehren und brauchen nach all ihren Ausschüßen nicht schon wieder von dem „Ausscheiden aus der Partei“ reden.

Die Versammlung wandte sich hierauf der Berathung von Anträgen zu. Nach Befürwortung durch Genossen Kaiting nahm die Versammlung gegen schwachen Widerspruch folgenden Antrag und die anschließende Resolution an:

Der Parteitag wolle beschließen: der Parteivorstand möge auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages als Verhandlungsgegenstand setzen: „Muss die Sozialdemokratie zur Alkoholfrage Stellung nehmen?“

Resolution: „Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, der Alkoholfrage mehr als bisher Aufmerksamkeit zuzuwenden und beständig in geeigneter Weise auf die Gefährlichkeit des Alkoholismus für die klassenbewusste Arbeiterschaft hinzuweisen.“

Zum Punkt Reichstagswahlen wurde nach kurzer Begründung folgender Antrag einstimmig angenommen:

Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, für die nächsten Reichstagswahlen eine Liste sächsischer sozialdemokratischer Kandidaten im Reich herauszugeben. Dieselbe soll ungefähr 3 Monate vor dem Wahltermin erscheinen und in späteren Auflagen ergänzt werden.

Ebenfalls einstimmig nahm die Versammlung nach eingehender Befürwortung durch Gen. Bruhns den Antrag an:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist noch der Punkt: „Unsere Forderungen bei den preussischen Landtagswahlen“ zu setzen.

Genosse Bruhns setzte bei dieser Gelegenheit auseinander, daß der Vetheiligungsbeschluss von Mainz ungenügend sei und es den Genossen unbedingt erlaubt sein muß, vor den Urwahlen mit Segnern in Verhandlungen einzutreten, wenn wir mit Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf eintreten wollen. Er erläuterte die Aussichten der Obstruktion und verwies auf seine Abhandlung über diese wichtige Frage im Septemberheft der „Sozialistischen Monatshefte“.

Den neuen Punkt „Das Zentrum“ auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen, wie es der „Vorwärts“ vorgeschlagen hat, befürwortete Genosse Kaiting. Er kennzeichnete das Zentrum als die volksfeindlichste Partei und will, daß neue Waffen gegen den Klerikalismus geschmiedet werden. Sein dahingehender Antrag fand Annahme.

Gegenüber den Angriffen, die an einigen Orten gegen die Inseratenbeilage der „Neuen Welt“ erhoben worden sind, befürwortet Genosse Heymann folgenden Antrag:

Der Parteitag spricht sich für Beibehaltung der Inseratenbeilage der „Neuen Welt“ unter strengster Kontrolle der aufzunehmenden Annancen aus.

Begründet wird dieser Antrag mit dem finanziellen Erfolg der Beilage. Die zu Tage getretenen Mängel seien nicht so groß, daß man ihretwegen die ganze Beilage wieder aufgeben müsse. Nach kurzer Debatte wird der Antrag bei einigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Längere Auseinandersetzungen knüpfen sich an den letzten Antrag, der von Genossen Heymann ausgeht und sich mit dem ober-schlesischen Parteistreit beschäftigt:

Der Parteitag erklärt die von der Baydorfer Konferenz der ober-schlesischen Genossen aufgestellten Reichstagskandidaten für die rechtmäßigen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei und ersucht den Parteivorstand diese Kandidaturen durch finanzielle Mittel nach Kräften zu unterstützen.

An der Debatte hierüber theilnahmen sich die Genossen Heymann, Kaiting, Bruhns, Prager, Löbe, Pohlmann, Galama. Die meisten Redner befürworteten den Antrag unter der Begründung, daß es darauf ankommt, die sozialdemokratische Partei rein zu halten und nationalen und chauvinistischen Beiwert. Der Klassenkampf muß für alle Parteigenossen an erster Stelle stehen, nicht irgend ein nationales Ziel, wie das bei den polnischen Nationalsozialen der Fall ist. Einige Redner traten jedoch für neue Verhandlungsversuche ein. Für solche erklären sich zwar auch die Anhänger des Antrages Heymann, bei der geringen Aussicht dieser Versuche müsse nach ihrer Ansicht aber der Antrag angenommen werden. Die Annahme erfolgt mit 200 gegen 3 Stimmen.

Bei der Wahl von Delegirten beschloß die Versammlung zunächst, in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen und der geringen Mittel des Vereins nur einen Delegirten nach München zu senden. Bei der nun folgenden Wahl wurde nach längerer Debatte Genosse Oskar Heymann mit 107 von 197 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Zum Schluß der Versammlung wurde die Abrechnung der Vereinskasse und der Bibliothek verlesen und dem Kassirer Entlastung erteilt. Der Umsatz im zweiten Vierteljahr belief sich auf ca. 1300 Mk. Dem Verein sind vom Festkomitee 102 Mk. Ueberschuß von der Maifeier überwiesen worden.

Durch Erheben von den Plagen ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Max Regel und Theodor Wegner und hierauf schloß Genosse Zahn die Versammlung.

**Die Auslieferung Kalajew's** findet auch in bürgerlichen Blättern Schlesiens mehr oder weniger scharfe Verurtheilung. So schreibt das Hauptorgan des schlesischen Zentrums, die „Schlesische Volkszeitung“:

„Auch wir müssen sagen, daß die Ausweisung nach seinem Heimathlande Rußland“ gleichbedeutend war mit der Auslieferung an die russische Polizei. Zu diesem Verbrechen hat die preussische Polizei nicht verpflichtet, und wenn die „Nordd. A. Z.“ die Angabe, Kalajew sei an Rußland ausgeliefert worden, als falsch bezeichnet, so ist das leere Wortklauberei.“

Auch das „Ober-schlesische Tageblatt“ wendet sich gegen die verurtheilenswerthe „Gefälligkeit“ der preussischen Behörden gegen das zarische Rußland. Das Blatt schreibt:

„Bei den „Ausweisungen“ nach Rußland wird ein eigenthümliches Verfahren beobachtet. Die Ausgewiesenen werden in den meisten Fällen „vor Schuß“ über die Grenze gebracht und dem russischen Ausweisungsausschuss übergeben. Was ist das viel anderes als „Auslieferung“? Bei Kalajew soll noch eine ganz besondere Praxis zur Anwendung gekommen sein. Als K. in Warschau festgenommen worden war, wurde der russische Gendarmenkapitän aus Modrzejow herbeigeholt, um sich den Mann „anzusehen“. Man braucht sich in Deutschland allerdings über den Verlust solcher russischer „Studenten“ nicht zu beklagen, die in jedem Falle unseren Hochschulen mehr Verdruss als Nutzen bringen. Aber die Gefälligkeit unserer Grenzbehörden gegen Rußland scheint uns denn doch nicht immer rathsam. Der Fall Kalajew wird im Reichstage noch ein Nachspiel haben.“

Daß die sehr fleißigen und intelligenten russischen Studenten unseren Hochschulen Verdruss bringen, ist eine unbeweisbare Behauptung. Mit den verurtheilenswerthen Vorgängen an der Grenze hat das aber garnichts zu thun. Der Reichstag wird sich allerdings mit der für uns nicht ehrenvollen Sache gründlich beschäftigen müssen.

**Zu den ober-schlesischen Reichstagswahlen.** Für die nächsten Reichstagswahlen wollen, wie der „Ober-schles. Anzeiger“ berichtet, die Polen in Ober-schlesien in zehn Wahlkreisen eigene Kandidaten aufstellen.

Von den bisherigen Zentrumsabgeordneten sollen nur Major Szmul und Strzoda aufgestellt werden. Als „neue Männer“ sollen die gegenwärtigen Redakteure des „Sornoslonzat“, Korfanty und Kowalczyk, als Kandidaten aufgestellt werden. Szmul und Strzoda sind bekanntlich schon bei der letzten Wahl als Kandidaten der Polen gewählt worden und haben sich nur des lieben Friedens halber offiziell der Zentrumsfraktion angeschlossen. Die Aufstellung besonderer polnischer Kandidaten auch in den acht anderen Wahlkreisen würde sich also direkt gegen die bisherigen Zentrumsabgeordneten Graf Ballestrem, Glowacki, Dr. Stephan, Jaktin, Frank, Klose, Lubrich, Horn und

Delocha, der allerdings schon den Verzicht auf eine weitere Mandatsübernahme erklärt hat, wenden.“

Das Zentrum wird es in Folge dessen in einigen Kreisen sehr schwer haben, sich zu behaupten. Und wenn die polnischen und deutschen Sozialisten einig wären, könnten sie bei dieser Sachlage in der That den einen oder anderen ober-schlesischen Kreis gewinnen.

**Keine Oeffnung der Grenze.** Aus Posen wird der „Schles. Zig.“ fest geschrieben: In der Besprechung, welche in Berlin zwischen dem Landwirtschaftsminister und den Vertretern der Posenener Stadtbehörden, dem Vorsitzenden der dortigen Landwirtschaftskammer und dem Vorsitzenden der Zentrale für Viehverwertung stattgefunden hat, erklärte der Landwirtschaftsminister, daß er eine Oeffnung der Grenzen aus veterinär-polizeilichen Gründen nicht konzubiren könne, daß die Zentrale für Viehverwertung es aber übernommen habe, dafür zu sorgen, daß während der bevorstehenden Menschenanhäufung in Posen eine reichliche Zufuhr von Schlachtvieh, namentlich Schweinen, dorthin stattfindet.

Die Grenzen bleiben also streng verschlossen, trotz der ungeheuerlichen Fleischnoth Deutschlands. Warum? Weil vom Auslande nur krankes Vieh hineinkommen würde — sagt der Landwirtschaftsminister.

**Au die Gewerkschafts-Vorstände!** Nachdem das Gewerkschaftskartell die Errichtung einer Barbierstube beschlossen hat, besteht für jede Gewerkschaft ohne Weiteres die Pflicht, den festgesetzten Beitrag an den Kassirer Max Geisler, Kohlenstraße 7, 3. St., umgehend abzuliefern. Soweit dies noch nicht geschehen ist, bittet der Vorstand des Kartells, das Versäumte sofort nachzuholen. Die Beiträge der Gewerkschaften betragen: bei 100 Mitgliedern und darunter 5 Mk., bei über 100 bis 500 Mitgliedern 10 Mk., über 500 bis 1000 Mitgliedern 15 Mk., bei über 1000 Mitgliedern 20 Mk.

Es sei noch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Barbierstube vom Kartell nicht nur errichtet wird, sondern auch dessen Eigenthum bleibt und jeder Ueberschuß ihm zu Gute kommt. Wir hoffen, daß die besonders in Betracht kommenden gewerkschaftlich organisirten Arbeiter der Nikolainvorstadt Alles daran setzen werden, die Barbierstube zu unterstützen, um damit die Organisation der Barbier, die mit den schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hat, am Leben zu erhalten.

**Gewerbegerichtliches.** Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbegerichts ist an Stelle des Stadtraths Dr. Rive Stadtrath Max auf drei Jahre gewählt worden.

**Die Gewerbegerichtsbefugter** werden hierdurch auf die am Freitag Abend im Gewerkschaftshause (Zimmer 2) tagende Sitzung aufmerksam gemacht. Verhandelt wird über „Lohnzahlungen“.

**Kränze für Ferdinand Raffale.** Wir schlagen den Vereinsvorständen, welche Kränze auf das Grab unseres Vorkämpfers niederlegen wollen, vor, die Inschriften nicht mit Goldschrift, sondern mit Buchdruck ausführen zu lassen, da dieselben dann vom Regen nicht so schnell abgewaschen werden, sondern sich das ganze Jahr über lesbarlich erhalten.

**Ärzte und Krankenkassen.** Ueber die am letzten Sonnabend hier stattgehabte Versammlung der hiesigen Ärzte haben wir gestern schon kurz berichtet und die einstimmig angenommene Resolution mitgetheilt. Herr Dr. H. Kaysler hielt zur Begründung der Resolution ein ausführliches Referat, über dessen Inhalt und Folgendes berichtet wird:

Auf Grund des Beschlusses vom 8. Juli 1902 war an den neuen Verband bezgl. an die 18 ausgeschiedenen Klassen ein Schreiben ergangen mit dem Verlangen einbehaltener Beiträge der freien Arztwahl in Verhandlungen zu treten. Von keiner der in Betracht kommenden Klassen ist eine Antwort erfolgt. Vielmehr wurde der Kampf dadurch eröffnet, daß der neue Krankenverband Einzel-Ärzte zu erlangen suchte — allerdings mit sehr geringem Erfolge. Die einzigen 2 Breslauer Ärzte, die Anfangs mit dem neuen Verband in nähere Beziehung traten, haben sich in den letzten Tagen der Allgemeinheit angeschlossen. Jetzt steht dem neuen Verband auch nicht ein einziger Breslauer Arzt zur Verfügung — eine für Breslau bedeutungsvolle Thatsache. Sind doch nach einer Zusammenstellung des hiesigen Statistischen Amtes im Gemeindeblatt Nr. 29 unter 11 größeren Städten Deutschlands die ärztlichen Honorarverhältnisse bei den Ärzten in Breslau die aller niedrigsten — 1.78 Mk. pro Mitglied und Jahr. Sogar das noch östlichere Posen kommt erst an 2. Stelle mit 1.81 Mk. und dabei beträgt der Jahresbeitrag eines Kassennitgliedes in Posen nur 14.98 Mk., in Breslau 16.01 Mk. und die Jahresausgabe an Krankengeld pro Mitglied in Posen 4.74 Mk., in Breslau 7.30 Mk.

Von den angeblich Seitens des neuen Verbandes gewonnenen 3 oder 4 auswärtigen Ärzten sind zwei nach Aufklärung über die Sachlage wieder zurückgetreten, einer in den letzten Tagen, nachdem er bereits auf Grund unrichtiger Angaben den sog. gestempelten Beitrag unterschrieben hatte. Ein definitiver Vertrag mit dem neuen Verbands ist noch nicht möglich, weil der Verband noch garnicht existirt, sondern nur Klassen, die ihn gründen wollen. Mit zwei Ärzten für 7-8000 Mitglieder kann der Verband nicht bestehen. Es wird nicht schwer sein, auf Grund des § 56a des Krankentafelgesetzes ein Einschreiten der Behörde zu veranlassen. Sollte es selbst dem neuen Verbands gelingen, eine ausreichende Zahl von Ärzten von auswärts heranzuziehen, so ist nach den Erfahrungen in anderen Städten wie Bamern u. zu erwarten, daß solche Ärzte sich im Gegensaß zur ganzen übrigen Ärzteschaft nicht lange hier halten würden. Die Rückkehr der ausgeschiedenen Klassen zum alten Verband ist möglich. Die Entscheidung ruht bei den Generalversammlungen bezgl. den Kassennitgliedern. Es soll demnächst versucht werden durch eine öffentliche Versammlung und eventuell durch Theilnahme an den Generalversammlungen die Kassennitglieder über Werth und Wesen der freien Arztwahl aufzuklären. Würden die 13 Klassen aus Mangel an Ärzten zu dem alten Verband zurückkehren müssen, so wäre das ein moralischer Erfolg der Ärzte gegenüber dem Machtbewußtsein der Klassen bezgl. der Kassenvorstände, was bald zu einer Besserung der klassenärztlichen Verhältnisse führen würde. Auch die erzielte vollkommene Einigkeit der Breslauer Ärzte — eine werthvolle Errungenschaft, die weiter geübt und erhalten, eine erfolgreiche Aktion verspricht.

**Der Herr Graf ist behindert.** Der Gerichtstermin gegen Bückler, wegen seiner Duellforderung, ist auf den 4. September verlegt worden, weil der Herr Graf am 28. August „am Erbsen“ „in hoch. vert.“ sein will. Sonst hört man ja im Allgemeinen von solcher Rücksichtnahme der Gerichte auf gewöhnlicher Sterblicher.

